

Ende der Flegeljahre
in der deutschen Politik

***Außenpolitische Bilanz –
ein partielles Resümee
in 10 Punkten***

Fritz W. Peter, 25.10.05

Hinweise:

a. Nachfolgender Text konzentriert sich auf den ***außenpolitischen Bereich***. Die Kritik der **Fehlleistungen** der rotgrünen Regierung steht gezwungenermaßen im Blickpunkt, da die Folgen dieser abgelaufenen Regierungszeit noch lange negativ nachwirken werden und eine Aufarbeitung der *Denkfehler* im Konzeptansatz von Rotgrün daher umso notwendiger erscheint. Dies gilt auch deshalb, weil sich eine arglose Öffentlichkeit über die Wirkungen und Beschädigungen deutscher außenpolitischer Interessen durch Rotgrün weithin nicht bewusst ist. Zurückhaltend gesagt: Die Amtszeit von Rotgrün bot keine Lösungen, sondern erwies sich als Teil des Problems. – Um an notwendigen Problemlösungen künftig mit realistischeren Konzeptansätzen arbeiten zu können, bedarf es der Aufarbeitung der „Webfehler“ im zurückliegenden Politikansatz. Mit dieser Zielsetzung ist der vorliegende Beitrag abgefasst worden.

b. Der Inhalt dieser Schrift ist zum großen Teil meinem Beitrag „***Neustart einer Regierung – gedankliche Schritte zum Erfolg***“ entnommen, in der im 2. Teil auch die *außenpolitischen Themenbereiche* angesprochen sind. Web-Adresse, Teil 1 und 2:

<http://www.wadinet.de/news/dokus/Neustart-einer-Regierung-Teil-1.pdf>

<http://www.wadinet.de/news/dokus/Neustart-einer-Regierung-Teil-2.pdf>

(als zusammengefasster Text auch unter)

<http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=71>

c. Frühere Textversion, betitelt: „***Von der Politik der ruhigen Hand zur Politik der leeren Hand – Teil 2: Bilanz rotgrüner Außenpolitik***“, unter

<http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=51>

Ende der Flegeljahre in der deutschen Politik

1. Hinter uns liegen die Flegeljahre der deutschen Politik. Dafür standen immer wieder die Herren Schröder, Fischer, Stiegler u.a. – erstere beiden leider auch mit Zuständigkeit für die deutsche *Außenpolitik*, letztere beiden mit gefühlter Zuständigkeit für den Jargon der Straße. Diesbezüglich legte Schröder erst am Schluss seiner Amtszeit nach. Ein Neuanfang ist nun möglich – auf der Basis gereifterer Ansätze bei Regierungsarbeit und Politikkonzept. (1)

2. Das Aufkommen eines unangemessenen Politikstils sowie einer von Unreife bestimmten Politikkonzeption erklärt sich z.T. aus einem Mangel an Kraft, Kontur, Vision – „leadership“ – in der deutscher Politik seit den neunziger Jahren. Es gab kein effizientes, *zupackendes* (!) Management im Blick auf die neuen Herausforderungen der Globalisierung und keinen „Ruck“ in Bezug auf die alten Herausforderungen, die aus der *verfehlten Selbstzufriedenheit* einer nabelschauenden Gesellschaft erwachsen waren. Kein Wunder also, dass sich gegen etablierte politische Mannschaften *eine offensiver und unverbraucher wirkende* Riege neuer Machtaspiranten in Szene setzen konnte. Sie erwiesen sich allerdings in 7-jähriger Bewährungsprobe als eher *leistungsschwächer als ihre Vorgänger* und blieben gewissermaßen eine „Aspirantenriege“. Denn vorzeigbare Regierungsleistung war das nicht! Zur „Heimbilanz“ dieser Jahre ist das meiste gesagt, zur „Auswärtsbilanz“ lässt sich resümieren: Die Möglichkeiten, von deutscher Seite gestaltenden Einfluss in der internationalen Politik zu nehmen, waren am Ende der Amtszeit *deutlich* (!) geringer als am Beginn. Rotgrüne Autosuggestion, es seien „gute Jahre“ gewesen, ändert daran nichts: Das Regieren, nach innen wie außen, blieb die Arbeit stümpernder „Regierungspraktikanten“. Die erste Amtszeit wurde zudem nur mit äußerer Hilfe überstanden, die zweite konnte nicht einmal ausgesessen werden – denn bei Ende der regulären Amtszeit wäre die SPD bei 18% gewesen, wie „Münze“ instinktsicher realisiert hatte! – Nachdenklich stimmen muss im Rückblick, dass die Exponenten eines *erkennbar unausgereiften* Politikstils und Politikansatzes die Macht erobern und eine zeitlang halten konnten. War das Politik-

angebot der Konkurrenz zu defizitär? Ist diese Frage richtig gestellt? Darf sie und muss sie gestellt werden? (2)

3. Das Wahlergebnis vom 18. September sorgte anfänglich für einige Ratlosigkeit, scheint aber jetzt geeignet, eine Schneise zu bahnen, die das Land weiterbringt. Der Regierungswechsel bedeutet insbesondere eine Rückkehr zu mehr **Realismus**. Auch die „*Schlussvorstellung*“ Schröders und seiner Fraktion zeugte noch von **Realitätsverlust** – sie glaubten allen Ernstes, Schröder als Kanzler durchsetzen zu können, und Schröder selbst hielt es für denkbar, die Union für eine „israelische“ Lösung gewinnen zu können! (3)
4. Der *Realitätsverlust* erstreckte sich zum Schaden Deutschlands auch auf den Bereich der **Außenpolitik**. Wie bei seinem Auftritt in der „Elefantenrunde“ am 18. Sept. war auch Schröders außenpolitischer Kurs – zumindest in den letzten drei Regierungsjahren – geprägt von z.T. hemmungsloser Selbstüberschätzung. Sein außenpolitisches Handeln (das rotgrüne außenpolitische Profil insgesamt) beruhte auf der völlig entgleisten Vorstellung einer jetzt und hier zu etablierenden „multipolaren Welt“. Zwar erscheint ein solcher Zustand vielen Menschen wünschenswert, die Vorstellung korrespondiert nur leider nicht im Allerentferntesten mit den machtpolitischen Realitäten und den inneren Verfasstheiten sowohl Deutschlands wie Europas und ist daher ein Dokument des 7-jährigen rotgrünen Illusionismus. Wie (?) kann man multipolare Konzepte zum *Credo der Außenpolitik machen*, wenn dafür in fast jeder Hinsicht die *praktischen Voraussetzungen* fehlen? Nach sieben Jahren Rotgrün sind diese Voraussetzungen sogar reduzierter als bei Regierungsantritt. Wie kann man, um ein bezeichnendes Beispiel für das mangelnde außenpolitische Urteilsvermögen zu geben, in einer Entente mit dem linksrheinischen Nachbarn (einerseits) **Motor der EU** sein, wenn man (andererseits) zugleich wirtschaftlich eher ein **Schlusslicht** ist und überdies immer wieder **spaltend** auf die Gemeinschaft wirkte? (4)
5. Der Grund vieler außenpolitischer Dilemmata der rotgrünen Regierungszeit liegt auf der Hand: Man hat sich politisch (*und zwar prinzipieller, brüsker, de-*

monstrativer als notwendig gewesen wäre und durch eigenes aktives Zutun) in eine ***Distanz und Dissonanz*** zur Wirtschafts- und Führungsmacht USA gebracht, *benötigt dann* aber politischen Konsens und abgestimmte Kooperation *von anderer Seite* – und findet sich prompt in Koalitionen und „Achsenpartnerschaften“ wieder, nunmehr ***genötigt***, auch die problematischen und nicht tolerierbaren Aspekte in der Politik dieser wahlweisen Partner mit Schweigen und Nachsicht zu übergehen (*u.a.* Putins Tschetschenien-Politik, Chiracs Brückierungen der osteuropäischen Partner). **Hätte man die *bewährte Linie* beibehalten, *sich auf ein europäisches und ein transatlantisches Bein zu stellen*, wie es jahrzehntelang geschah, so hätte die Berliner Politik in ihren Russland- und China-Beziehungen und ihren UN-Ambitionen – um nur diese Beispiele zu nennen – weit souveräner disponieren können.** Man erinnere sich etwa, *wie* Schröder den Anspruch auf Sitz und Veto-Macht im UN-Sicherheitsrat anmeldete: „mal eben“ auf Reisen, im fernen Tokio; unvermittelt, ohne erforderliche diplomatische oder mediale Vorbereitung durch das Auswärtige Amt – auch im Versuch, den grünen Außenminister medial auszustechen; unpassend zum Anlass; konfrontativ im Ton (mit der Forderung nach „Veto-Macht“, die er später selbst wieder kassierte). Das letztendliche Ergebnis war, wie man weiß, peinlich und kontraproduktiv – wie so vieles andere. (5)

6. *„Der Worte sind genug gewechselt“*, möchte ich meinem Leser an dieser Stelle sagen. Die Dinge liegen klar zutage. Ein neuer Abschnitt beginnt. Die Regierung konstituiert sich in diesen Tagen, die ***Koalitionsverhandlungen*** werden intensiv und schwierig sein und einen weiteren Vorgeschmack auf die kommenden Jahre geben. **Mut zur *Realität* und Mut zur *Vision* werden *auch im Rahmen pragmatischer Zusammenarbeit gefragt sein*.** Den Spitzen obliegt es, die Fülle der Aufgaben zu sortieren, die Komplexität zu reduzieren, die Bereiche nach einer Zielansprache verantwortlich arbeiten zu lassen. Je mehr Mitverantwortung den Beteiligten (einschließlich der Fraktionsangehörigen) übertragen wird, desto mehr werden sie sich konstruktiv einbringen können

statt sich mit bloßer Kritik zu präsentieren. Je klüger das Aufgabenfeld strukturiert ist, je mehr eine Linie erkennbar wird, desto zwingender wird die Mitarbeit. Wollen Koalitionsführung und Kanzlerin den Prozess *beherrschen*, nicht nur Getriebene sein und Fleißnoten bekommen wollen, sondern im politischen Spiel *gestaltend* wirken, umso durchdachter muss dann das Politikangebot formuliert sein, teils in den Grundzügen, teils in konkreten Aussagen. Dem Handeln muss das Konzept vorausgehen, *auch das Durchdenken vom Ende her*. Es ist *wohltuend*, einen Satz wie diesen zu hören: in Beantwortung der Frage eines Journalisten nach dem Zeitpunkt der Personalentscheidungen für die Ministerämter der Union: „*Wenn ich fertig bin mit Denken.*“ (6)

7. Mehr Nachdenken – vom Ende her – verdient auch die **Rolle Deutschlands in Europa**. Die „Achsenpartnerschaft“ und das Gehabe des Duos Chirac-Schröder, die unbedingt den Taktstock schwingen wollten, leisteten einer Tendenz zur *Re-Nationalisierung* der Politik in Europa Vorschub, erregten den Unwillen anderer europäischer Partner, lösten Gegenwehr aus und waren ein Faktor für die innere Krise der Gemeinschaft. Auch der Umgang Berlins mit den transatlantischen Beziehungen beförderte die politische Paralyse der EU. Die scharfe innereuropäische Spaltung in dieser Frage wäre zu vermeiden gewesen, wenn konsultative Verfahren im Rahmen intensiver *Diplomatie* die europa- und außenpolitische Marschroute Berlins bestimmt hätten – ***statt unilateraler, demonstrativer Abgrenzungen und Vorabfestlegungen***. Fast alle europäischen Regierungen hofften auf einen Regierungswechsel in Deutschland auf der Basis einer bürgerlichen Mehrheit. Man versprach sich Impulse von einer **Revitalisierung Deutschlands** und rechnete dabei auch mit den Fehlern und der *Arroganz* rotgrüner Politik ab. Rotgrün teilte Europa in Mitbürger 1. und 2. Klasse. So äußerte z.B. Finnlands Ministerpräsident Matti Vanhanen nach der Abwahl von Rotgrün die Hoffnung, *dass Berlin unter einer neuen Regierung mit allen EU-Partnern und nicht nur den großen Ländern in der Union kooperieren werde*. (7)

8. **Nachbemerkung 1:** Um jedem böswilligen Missverständnis vorzubeugen soll in drei Nachbemerungen nochmals das innereuropäische und das transatlantische Thema aufgenommen werden. Europäische und atlantische Partnerschaft bedeuten **keine Herabstufung** des **deutsch-französischen** Verhältnisses; die positive Rolle einer sehr engen deutsch-französischen Kooperation muss sich aber auch für die Partnerländer materialisieren statt in Herabsetzung und Gegnerschaft zu münden. Einer der ausgewiesendsten „Makler“ deutsch-französischer Nähe und Verständigung, Alfred Grosser, warnte aus *häufigem* Anlass: Deutschland und Frankreich hätten „zumindest daran mitgewirkt“, dass Europa „*aus dem Gleis*“ geraten sei. In wünschenswerter Klarheit kritisierte er zum Beispiel: „*Das Schlimmste war, dass Frankreich und Deutschland darauf bestanden, dass die Polen die Stabilitätsbedingungen genau zu dem Zeitpunkt erfüllen, als sie sich selbst weigerten, die 3%-Marke zu akzeptieren. Schlimm war auch Chiracs Beschimpfung der Polen während des Irak-Konfliktes. Heute weiß jeder Pole, was Chirac gesagt hat.*“ (8) Hans Barbier, auch Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung, schrieb seinerzeit: „*Was sich Frankreich und Deutschland derzeit mit dem (Stabilitäts-)Pakt und der zu seiner Hüterin bestellten Kommission leisten..., wie sie in den Hauptstädten und auf den Ministerratssitzungen in Brüssel mit dem Stabilitätspakt und der Kommission umgehen – das ist beeindruckend, wenn auch im negativen Sinne. (...) Was Frankreich und Deutschland vorführen, werden andere nachmachen.*“ Das sei nicht nur eine Niederlage für die Ordnungspolitik und eine Hypothek für die Standortqualität der EU, erkennbar werde auch, so Barbier, dass ein „**Volonté du moment**“ die Politik Schröders und Chiracs treibe. (9) Es lässt sich auch sagen, dass der Ego-Trip in der „Elefantenrunde“ am 18.10. zuvor *langjährig viele Male eingeübt* war – und leider dabei schon verheerende Wirkung entfaltet hatte. (10) (11)
9. **Nachbemerkung 2:** Der Nachbar, das europäische Brudervolk auf der anderen Rheinseite, der **Schulterschluss mit Paris** – *nicht letzteres schafft*

ein Problem, im Gegenteil, die Nähe der Menschen und die Verzahnung der Politik können nicht groß genug sein! Es darf aber keine Entfremdung mit anderen Nachbarn und keine Hierarchisierungen der Beziehungen geben – und es durfte auch nicht eine mutwillige Beschädigung des transatlantischen Verhältnisses geben. Ein „Jahrhundert der Liberalität, Zivilität, der Menschen- und Bürgerrechte“ wird unmöglich, wenn EU und USA keine gemeinsame Linie finden, denn dies verlangt auch Durchsetzungsfähigkeit, sprich: Macht! Wie – Herr Schröder – kann man den Traum von der Durchsetzung europäischer, westlicher Werte aufgeben für ein bisschen Achsenpartnerschaft und Kumpelei? Ging es nur um die Gerd-Show? (12)

10. **Nachbemerkung 3:** Für eine *gestaltende Außenpolitik* auf realistischer Grundlage ist Europa auf eine *Koordinierung mit der westlichen Führungsmacht* angewiesen. Gegensätzliche Auffassungen verlangen – wie auch innerhalb Europas – gesteigerte Diplomatie; bleibt sie erfolglos, helfen auch keine mutwilligen Brüskierungen. Wer auch immer „den Stein ins Wasser warf oder wirft“ – wem (???) dient eine Beschädigung des deutsch-amerikanischen oder europäisch-amerikanischen Verhältnisses und des transatlantischen Bündnisses? Europäischer Einfluss wächst nicht durch eine Beeinträchtigung des Verhältnisses und des Bündnisses. Gestaltungsmöglichkeiten (siehe Iran) für die europäische Politik würden nur verringert, wenn eine enge Koordination mit Washington unterbleibt. Der Atlantik ist breiter als der Rhein, aber als „atlantisches Brudervolk“ dürfen Europäer ihre Nachfahren auf der Gegenseite dennoch ansehen! – Seit 2002 wurden auch durch die Form des *Umgangs miteinander* Risse im Bündnis provoziert (vgl. Zitatkasten am Schluss des Beitrags). Schröder mag es bezweckt oder nicht bezweckt haben, sein Beitrag zur *Relativierung des Bündnisgewichts Deutschlands und Europas aus der amerikanischen strategischen Sicht* ist jedenfalls nicht zu übersehen – und dies heißt in der Konsequenz auch, dass er sich zum Erfüllungsgehilfen derjenigen in seinem politischen Umfeld gemacht hat, die dem westlichen Bündnis stets

distanziert oder in der Tendenz ablehnend gegenüber standen. **Leider geht man nicht fehl zu sagen, dass die Linie Lafontaines, der diese Haltung zum atlantischen Bündnis stets – und vor Jahren ganz offen – einnahm, von Schröder im Rahmen praktischer Politik exekutiert wurde. In der Tat bedurfte es offenbar (um ein damaliges Wort der SPD-Parteispitze aufzugreifen) gar nicht des Saarländers; die gewünschte Politik vollzog sich auch ohne sein Eingreifen.** – Eine Klarstellung, dass die „Funkstille“ im transatlantischen Verhältnis und eine Infragestellung des Bündnisses nicht im deutschen Interesse liegt, wie mit dem Besuch der Oppositionsführerin Frau Merkel in Washington deutlich gemacht wurde, war gerechtfertigt, sogar notwendig. Wenn sich das politische Handeln freilich nur danach ausrichtet, *was wahltaktisch opportun ist*, so könnte man die Richtigkeit des damaligen Besuchs infragestellen; dies mag jeder nach seinem Charakter beurteilen. Wer allerdings bedenkt (*und dies tun begreiflicherweise besonders alle mittel- und osteuropäischen Staaten*), dass z.B. Europa ohne den Faktor Amerika heute wohl nicht frei und geeint wäre, der jedenfalls wird „im Schlachtgetümmel der Tagespolitik“ **nicht** den Überblick verlieren, welche strategische Relevanz die transatlantischen Beziehungen haben. Und wer die größere strategische Analysefähigkeit in Bezug auf die Türkeifrage einbrachte, USA, Grossbritannien und Herr Josef Fischer auf der einen Seite, **oder** die von diesem abfällig kritisierte künftige Kanzlerin auf der anderen Seite, wird sich erst noch zeigen müssen. (13)

Epilog:

Gerade haben die Menschen im Irak (mit hoher Beteiligung – trotz der Gefahr für Leib und Leben) für einen **Verfassungsstaat** votiert. Für das Land und den Mittleren Osten insgesamt kann dies ein weiterer Schritt einer Entwicklung zu **politisch lebensfähigen Strukturen** werden. Zwar vollzog sich auch dieser Schritt nur unter dem Schutz einer Besatzungsmacht, doch wer – *außer jenen, die Gegner einer rechtsstaatlichen Entwicklung sind* – wollte deswegen den

Wert des eingeschlagenen Wegs (als institutionelles Faktum wie auch als Er-fahrungsdatum im Leben des irakischen Volkes) kleinreden!

Das in der Vergangenheit jahrzehntelang unterjochte Land, kolonisiert (ausgeplündert) im Inneren durch das Saddam-Baath-Regime, dadurch jeder Entwicklungsperspektive beraubt und gefügig gehalten durch unsäglichen Staatsterror, kann nach ersten freien Wahlen im Januar nun in einem weiteren Schritt hin zu einer Rechtsordnung den schweren Weg aus seiner geschlossenen Vergangenheit in eine nun selbst zu erstreitende Zukunft suchen. Europäische Politik sollte – wie in Afghanistan – daran mitwirken, das sich das Fenster zu möglicher Entwicklung nicht schließt. Unser Land kann durch innere Reform und Realismus in Bezug auf die eigenen Möglichkeiten am Ausgang der Entwicklung auch in anderen Teilen der Welt mitwirken. Eine neue Chance gibt uns der Regierungswechsel: eine neue Regierung ist beauftragt „durchzuregieren“. Im Koalitionsrahmen wird der sozialdemokratische Partner nun ebenfalls am „Durchregieren“ nichts mehr auszusetzen haben. (14) (15)

Anmerkungen:

Da viele Themen nur resümierend angesprochen oder nur gestreift werden konnten, verweise ich in den Anmerkungen auf zahlreiche eigene Schriften. Damit werden mögliche „Lücken“ in der Argumentation geschlossen.

(1) Vgl. u.a. „*Erich Schröder, Erich Stiegler, Erich M. u.a.*“, 5.10.05:

<http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=65>; „*Der Ermächtigungskanzler*“, 3.10.05: <http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=64>; „*Berlusconisierung der deutschen Politik*“, 07/05: <http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=53>; „*Kanzlerduell und politische Vision*“, 07/05, insbes. Schlussabsätze 8f. u. zugehörige Anmerkungen: <http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=54>; einen sorgsam verfassten Beitrag steuert Dirk Kurbjuweit mit „*Putsch gegen die Wirklichkeit*“ in: DER SPIEGEL 39/2005, 26.9.05, zu diesem Thema bei:

<http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,376500,00.html>

- (2) Vgl. u.a. „*Klammheimliche Rückkehr der Ratio in die Politik*“, 07/05: <http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=57>; „'Schröder hat fertig!'“, 05/05: <http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=50>; zur Frage der Reformfähigkeit: „(stag)NATION DEUTSCHLAND“, 03/05 (eine Glosse mit Blick auf die blockierten Mentalitäten in Deutschland in der Reformfrage), Adresse: <http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=39>; vgl. den *Textauszug* zum Thema Reformbedarf in Deutschland „*Innere Reformfähigkeit zweifelhaft*“, 08/03: <http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=38>; Robert J. Samuelson, „*Europa im Lebensabend*“, (engl.) Beitrag in: Washington Post, 06/05: <http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=37>
- (3) Ein deutliches Indiz für den Rückzug aus einer Politik, die sich den Realitäten stellen wollte, war der Angriff Münteferings auf den willkürlich herausgegriffenen „Sündenbock“ namens Hedgefonds, die er als Heuschrecken titulierte. Vgl. hierzu die Glosse „*Don Müntes Selbstkarikatur*“, 19.4.05: <http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=40>
- (4) Detaillierung der Aussagen und Bilanzierung der rotgrünen Politik in meinen Texten: „*Schröder, Chirac: Re-Nationalisierung der Politik*“, 10/04 (40 S.) www.wadinet.de/news/dokus/Das_Alte_Europa.pdf; „*Außenpolitik – Fehler und Lehren*“, 02/05 (20 S.) www.wadinet.de/news/dokus/Dialog-Text.pdf; und „'Schröder hat fertig!'“, 05/05 (5 S.) <http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=50>
- (5) Vgl. Abschnitt „*Zur UN-Reform*“, in: „*Außenpolitik – Fehler und Lehren*“ (a.a.O.), sowie „*Gerechte und zukunftsgerechte UN-Sitzverteilung*“, 10/04 (20 S.) www.wadinet.de/news/dokus/Reform_UN-Sicherheitsrat.pdf; zum Punkt: Chiracs Brüskierungen der osteuropäischen Partner, vgl. Abschnitt „*Doppelte Standards*“ in: „*Schröder, Chirac...*“, S. 11. Karl-Peter Schwarz bezeichnete das Auftreten Chiracs als „imperial“ (s. Schwarz: „*Wie Kredit verspielt wird*“, in: FAZ, 24.2.03, S.1). Die Fundstelle ist in meinem Text „*Schröder, Chirac...*“ mit falsch geschriebenem Datum wiedergegeben: statt 24.2.03

findet sich dort die Angabe 24.2.93. Vgl. die FAZ-Beiträge „*Kurzer Burgfrieden*“, v. Michael Stabenow, 19.2.03, und „*Schützenhilfe für EU-Gegner*“, v. Reinhard Vesper, 21.2.03. Zum Punkt: Putins Tschetschenien-Politik, vgl. Abschnitt „*Rotgrüne Weitsicht oder Realitätsferne?*“, in: „*Schröder, Chirac...*“, S. 12f. (einschl. Anmerkung 1). Vgl. Neue Zürcher Zeitung, NZZ Online, 9.9.04: „*Nibelungentreue Schröders zu Putin. Kein Hauch von Kritik an Moskaus Tschetschenienpolitik*“, und: *taz (die tageszeitung)*, 6.9.04: „*Falsche Solidarität: Schröder will Putin nicht kritisieren*“, Leitartikel in Teilaufgabe taz-Bln, Ffm, Köln, NRW, Ruhr. Einige Passagen dieser Artikel sind in meinem Beitrag „*Schröder, Chirac...*“ (dort in Anm. 1) wiedergegeben. Zum Punkt: Russland- u. China-Beziehungen, vgl. Abschnitt „*Schließen sich Politik und Wertebezug aus?*“ in: „*Schröder, Chirac...*“, S. 16-17, www.wadinet.de/news/dokus/Das_Alte_Europa.pdf; zum Punkt: Wertebezug von Politik, vgl. auch „*Friedrich Ebert Stiftung ohne Orientierung*“, 04/04, www.wadinet.de/news/dokus/Friedrich_Ebert_Stiftung_inkorrekt.pdf

- (6) A. Merkel; FAZ, Johannes Leithäuser: „*Begrenztes Platzangebot*“, 12.10.05
- (7) FAZ, „*'Alles Gute für die Frau Kanzlerin' – das Ausland gratuliert*“, 11. Okt. 2005. Vgl. „*Schröder, Chirac...*“, S. 11, 12f. (s. vorstehende Anmerk. 15) sowie Abschnitt „*Ellenbogenpolitik*“, S. 18-19, zur Bewertung des rotgrünen Politikauftritts in Bezug auf die Partnerinteressen innerhalb Europas. Hierzu ergänzend: „*Beispiel: FOCUS*“ in: „*'Schröder hat fertig!'*“, S. 3-5, adagio.blogg.de/eintrag.php?id=50. Die Abkehr der rotgrünen Politik von derjenigen aller vorangegangenen Regierungen hatte erheblichen Anteil an der Blockierung des europäischen Politik- und Einigungsprozesses.
- (8) Aus einem Interview, geführt von Joachim Rogge, mit Alfred Grosser, „*Sonst macht Europa keinen Sinn*“, in: Westdeutsche Zeitung, 21.1.04, S. 5. Im kritischen Sinne anregend ist Henning Köhlers Besprechung des Buchs von Grosser „*Wie anders ist Frankreich?*“, München 2005, in: „*Der Vorgesetzte*

Bonns“, FAZ, 29.9.05, S.7. Es zeigen sich darin auch die Schwierigkeiten für den, der eine Konvergenz der Politikkonzepte sucht. *Kumpelige Umarmungen* in der Art Schröders wirken dabei nur deplaziert. Die künftige Zusammenarbeit Merkel-Chirac und ggf. Merkel-Sarkozy wird sich stilvoller darstellen.

(9) Hans D. Barbier – „*Ach, Europa*“ – in: FAZ, 14.11.03, S.15.

(10) Schröder wurde – nicht grundlos – vorgeworfen, dass er einen Deutschen Sonderweg suche. Eine zentrale Frage hierzu warf Herbert Kremp in WELT am SONNTAG auf. Sein Beitrag (vom 27.4.03) war betitelt: „*Auf dem Abstellgleis. Das Scheitern der deutschen Außenpolitik ist eine Folge mangelnder Voraussicht und verwegener Selbstüberschätzung – Der Vierergipfel nächsten Dienstag in Brüssel gleicht einem Irrweg Schröders und Fischers ins politische Niemandsland*“ (der angesprochene Vierergipfel erhielt in der öffentlichen Kommentierung sogleich die Bezeichnung „Pralinengipfel“ und erntete süffisante Kritik). Kremps Frage betrifft die Meinungsbildung im Vorfeld der Irak-Auseinandersetzungen. Zum Kurs Frankreichs schreibt Kremp: „... *allein hätte Chirac den ‚Waldgang‘ nicht gewagt. Die wahren Antreiber der seitverkehrten Achsen-Politik waren die Deutschen.*“ Für die zeitgeschichtliche Bewertung hat die Frage der Kausalität denkbar große Bedeutung. In moralischer Pose präsentierten sich damals Berlin und Paris. Es bleibt dahingestellt, *wer den anderen mehr oder eher zur Frontstellung gegen Washington animierte.* Gegen eine moralisch ambitionierte Politik ist grundsätzlich nichts einzuwenden, doch was qualifiziert einzelne europäische Regierungen, als Instanzen der politischen Moral und der Vertrauenswürdigkeit aufzutreten? Wie ist die *Wirklichkeit* der Außenbilanz ihrer Politik der vergangenen Jahre? (s. u.a. Schröders China-Politik)

(11) In „*Schröder, Chirac: Re-Nationalisierung der Politik*“ habe ich meine Bewertung der schröderschen Europapolitik in einem der Abschnitte – wie schon erwähnt – mit **Ellenbogenpolitik** überschrieben; das betraf den außen-

politischen Bereich. In Punkt 5 des Texts, der hier vorliegt, wird nicht tolerierbares sozialdemokratisches Verhalten im Umgang mit den etablierten demokratischen Regeln als **Ellenbogenverhalten** bezeichnet und kritisiert; das betrifft den politischen Verhaltensstil im eigenen Land. Es zeigt sich leider ein durchgängiges Verhalten. *Nicht* dem Kritiker ist dies vorzuwerfen, sondern einem Kanzler und einer SPD-Führung, die zu solcher Kritik Anlass geben. Siehe Kommentar zum Titelbeitrag (Aufmacher) in: DIE ZEIT 41/05, 6.10.05, „*Noch mal mit Gefühl*“, adagio.blogg.de/eintrag.php?id=66. Die Kritik am SPD-Beitrag zur **Ellenbogengesellschaft** ist auch im ZEIT-online-Leserforum platziert, http://www.zeit.de/2005/41/01_leit_1_41

- (12) Im **Schlusskapitel** zur „*Bilanz rotgrüner Politik*“ im Beitrag: „*Schröder, Chirac: Re-Nationalisierung der Politik*“ sind in kurzer Zusammenfassung fundamentale Irrtümer in der Ausrichtung der rotgrünen Politik der vergangenen Jahre dargestellt www.wadinet.de/news/dokus/Das_Alte_Europa.pdf. Rot-Grün stand dem eigenen, kühnen Anspruch, eine „*emanzipatorische*“ Außenpolitik zu inaugrieren, selbst im Weg. Chancen für die deutsche Politik wurden durch eine falsche Grundorientierung (durch verfehlte konzeptionelle Ansätze) rotgrüner Politik vertan. *Die Möglichkeiten, von deutscher Seite gestaltenden Einfluss in der internationalen Politik zu nehmen, waren am Ende der 7-jährigen Regierungszeit deutlich geringer als bei Beginn der Amtszeit.* Der Abschnitt „*Zusammenfassende Wertung*“ (S. 19-21) im gerade erwähnten **Schlusskapitel** misst nochmals den Gestaltungsauftrag von Politik mit den konzeptionellen und handwerklichen Mängeln der „*rotgrünen Regierungspraktikanten*“ in ihrer Außenpolitik. Verdeutlichen möchte ich das *konzeptionelle Vakuum* im rotgrünen außenpolitischen Denkansatz auch durch Gegenüberstellung der Ansätze in den nachfolgenden Beiträgen: „*Zukunftsgerechte UN-SC-Sitzverteilung*“ (12/04, 22 S.) www.wadinet.de/news/dokus/Reform_UN-Sicherheitsrat.pdf u. Kapitel „*Zur Iran-Krise*“ in: „*Außenpolitik – Fehler und Lehren*“ (2/05, 20 S.) S. 13-16: www.wadinet.de/news/dokus/Dialog-Text.pdf

- (13) Vorwurf Außenminister J. Fischers an Frau Merkel bzgl. des Konzepts einer „Privilegierten Partnerschaft“, 7.9.05 im Bundestag: „*An dem Punkt versündigen Sie sich an den Sicherheitsinteressen Europas und Deutschlands.*“ Auch in der Öffentlichkeit einer gemeinsamen TV-Runde sprach er ihr kurzerhand „*die außenpolitische Analysefähigkeit*“ ab. **Sieben Jahre rotgrüne Außenpolitik legen reichlich Zeugnis ab von mangelnder Analysefähigkeit. Das Türkei-Thema kann *verschieden* analysiert werden und vielleicht entsprechend *verschiedene richtige* Ergebnisse haben.** In jedem Falle werden die Sicherheitsprobleme nicht geringer, wenn die EU-Grenze im Nahen und Mittleren Osten liegt, und in jedem Fall wird eine Vertiefung des EU-Verfassungsprozesses (auch als Voraussetzung für die Bildung eines europäischen Sozialstaats) in höchstem Maß zusätzlich erschwert. Auch können Referenden zum Stolperstein werden. **Die Lage ist komplizierter, als Herr Fischer sie darzustellen und zu denken für *opportun* hält.** [zum Für und Wider der Rolle Fischers habe ich mich punktuell in mehreren meiner o.g. Beiträge geäußert]
- (14) Vgl. „*Die Irak-Erfahrung – Lehrstunde für Völkerrechtler*“, Teil I (4/04.), www.wadinet.de/news/dokus/Voelkerrechtsfrage_Irak_Teil-1.pdf (50 S.) und Teil II (08/04), www.wadinet.de/news/dokus/Voelkerrechtsfrage_Irak_Teil-2.pdf (32 S.) **In den Texten versuche ich, eine Gesamtdarstellung der Aspekte zu geben, die für eine Beurteilung des Irak-Konflikts zentral erscheinen. Ein offenes Urteil ist schon deswegen in der Völkerrechtsfrage *notwendig*, da die Tür zur Bewältigung *fast nicht auflösbarer Situationen* (s. Irak) im Leben der Völker niemals zugeschlagen werden darf. Das Recht auf Entwicklung einer eingetretenen Situation zu ihrem Besseren muss *Maßstab für die Beurteilung* bleiben. Ein festgeschriebener Zustand, der Neubewertung u. Weiterentwicklung auszuschließen versucht, darf keine dauerhafte (völkerrechtliche) Legitimation erfahren. Es entspricht nicht der Lebenswirklichkeit oder Würde eines Volkes, nur Objekt eines Rechtsbegriffes *statt Rechtssubjekt* zu sein. Im Irak „definieren“ die Menschen derzeit ihre Lebenswelt neu. Das zweite Mal**

finden freie Wahlen starken Zuspruch, trotz damit verbundener Lebensgefahr für die – nun mit einem Wahlrecht ausgestatteten – Menschen. Die Situation des Landes ist noch immer *nicht beherrschbar*, aber soll sie *so beherrscht sein*, wie es während drei Jahrzehnten unter Saddam bis 2003 der Fall war? Immer noch wärmen sich viele an dem Gedanken, dass man *im Recht* war, wenn man gegen den Einmarsch war. Viele Menschen im Irak arbeiten derzeit daran, *im Recht – im Zustand des Rechts – zu sein* und erstmals eine *Ahnung erlangen zu dürfen*, wie es ist, Recht und *Rechte* zu haben, durch die sie (*bei weiterer Entwicklung*) als Bürger eines neuen Irak dann sogar geschützt werden. Man kann dazu stehen, *dass sich* im Ergebnis eines – *noch so problematischen* – Entscheidungsprozesses und Waffengangs *Menschen ihrer Rechte zu bedienen beginnen!* Man kann auch hinnehmen, dass die, die gegen den Einmarsch waren, sich weiter am Gedanken wärmen, Recht gehabt zu haben, wenn nur jene, die kein Recht kannten, solches nun *auch* bekommen! – Ein Iraker, der sein Recht so dankbar wie besonnen wahrnimmt, ist in folgender Dokumentation mein Gesprächspartner. Das Gespräch verdankt sich dem Umstand, dass es ein *world-wide-web* gibt: das Gespräch erfolgte per e-mail. Die Dokumentation trug zunächst den Titel: „*January 2005 – A Recent Story*“ (engl. abgefasst, Jan. 2005, 22 S.), später habe ich mich zu folgender Titelformulierung entschlossen: „*From Outside the Sunni Triangle*“ (2/05) www.wadinet.de/news/dokus/2005-Recent_story.pdf. Abschließend hier der Hinweis auf *Texte meines irakischen Gesprächspartners* **Nasir F. Hassan**: „*Keine Tyrannenfeinde*“, Frankf. Allgem. Sonntagszeitung, 30.1.05, S. 2, <http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=33>; „*Die Wahlen im Irak*“, 02/05, <http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=35>; im pdf-Format abrufbar unter www.wadinet.de/news/dokus/Die_Wahlen_im_Irak.pdf

- (15) Vgl. Berichterstattung durch die NGO-Hilfsorganisation *Wadi e.V.* zum Verlauf und Ausgang der Wahlen im Irak; die *Wadi*-Website enthält zudem eine sehr ergiebige Texte- u. Artikelsammlung: www.wadinet.de/index.php.

Vgl. zur Frage damaliger Entscheidungsfindung in der Irakfrage: „Nice to know – necessary to know“, 10/05: <http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=69>; „Massud Barsani: Vorbild nicht nur für Kurden und Iraker“, 10/05, Wiedergabe und Kommentierung eines Beitrags von **Barsani** in: Washington Post: <http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=68>; „Guter und schlechter Journalismus“, 10/05, <http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=25>

Zitatkasten:

Zu den zerrütteten transatlantischen Beziehungen wird nachfolgend aus einem Artikel v. **Joachim Krause**: „Auf der Suche nach einer Grand Strategy“ in der Zeitschrift *Internationale Politik* der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik – Ausgabe August 2005 – zitiert:

„Das Verhalten des deutschen Bundeskanzlers wie des französischen Präsidenten war in der Irakkrise nicht deshalb problematisch, weil sie anderer Meinung waren, was den Umgang mit dem irakischen Diktator Saddam Hussein betrifft. Es kam auf die Art und Weise der Auseinandersetzung an.

Der Streit wurde nicht dort ausgetragen, wo er hingehört hätte (im NATO-Rat hinter verschlossenen Türen), sondern vor den Kameras der Weltöffentlichkeit. Dabei wurde bewusst eine Form der Auseinandersetzung gesucht, die konfrontativ war und bei der man Brücken hinter sich abbrach. Nicht die Konsultation unter Verbündeten stand im Vordergrund, sondern die Inszenierung des Konflikts. In den USA hat dieses Vorgehen – auch bei Demokraten – zu großer Verunsicherung geführt, was denn eigentlich die strategischen Absichten der deutschen und französischen Regierung gewesen seien.“

Bilanz der Außenpolitik zieht in gleicher Ausgabe der *Internationalen Politik* auch **Hans Peter Schwarz**. Das Resümee seines Beitrags „Das Ende der Übertreibungen“ lautet:

„Die rot-grüne Außenpolitik, die maßvoll begann, ist seit 2002 auf Abwege geraten und nun vollends gescheitert. Der Blick für das Machbare ist ihr abhanden gekommen. Anbiederung an Frankreich, maßlose Amerika-Kritik, die Überdehnung der EU, der Absturz des zur Verfassung hochstilisierten neuen europäischen Vertrags und schließlich der Streit um den Sicherheitsratsitz – unprofessioneller geht's kaum.“

Nachbemerkung

„Ich habe selten einen Text mit so viel Zustimmung gelesen wie diese Schrift. Ihre rege eindrucksvolle Argumentation ist zudem höchst konstruktiv. Fast muss ich Ihnen sagen, dass ich Sie um Ihren Optimismus beneide.“

Diesen Kommentar übermittelte mir am 10. Sept. 2003 in einem persönlichen Schreiben Ralf Dahrendorf. Er bezog sich auf die als „Denkschrift“ angelegte und betitelte Arbeit: *„Naheliegende Einsichten und Fragen: Europa nach der Irak-Erfahrung“*, Aug. 2003 (60 S.). Es wäre ein Erfolg, wenn ein Leser sich ähnlich über die Gedankenführung der hier vorgelegten Arbeit äußern könnte (die Arbeit ist ein Auszug der Schrift: *„Neustart einer Regierung – gedankliche Schritte zum Erfolg“*, Okt. 2005). Ob mit der neuen Regierung ein substanzieller Neuanfang gelingt, hängt auch von ihrer konzeptionellen Stärke ab. Pragmatismus und Vision sind gleichermaßen gefragt – nicht als Worthülsen, sondern im politischen Alltag.

Noch einen zweiten Kommentar zur damaligen „Denkschrift“ möchte ich wiedergeben. Franz-Jochen Schoeller, in den achtziger Jahren deutscher Botschafter in Polen, Frankreich und Brasilien, schrieb mir, *„eine Denkschrift ist es in der Tat. Wenn ich mir ein Urteil erlauben dürfte, so würde ich Ihrer Arbeit die Begriffe Ausgewogenheit und Besorgnis voranstellen. Überzeugend bringen Sie Lesern nahe, dass Europa heute nur über den Weg einer kollektiven Anstrengung an der Seite der USA die weltpolitischen Ziele der transatlantischen Gemeinschaft wirksam anstreben kann.“* [Schreiben vom 7.7.03, das sich auf eine Vorfassung der Denkschrift bezog]

Politik und kritische Öffentlichkeit können ein leistungsfähiges Ganzes sein. „Öffentlichkeit“ ist nicht nur die veröffentlichte Meinung, dieser kommt aber enorme Bedeutung zu. Ein kritischer Umgang mit den Medien fördert den politischen Prozess. Vgl. (am Beispiel der Berichterstattung eines regionalen deutschen Printmediums) die Kommentierung von Aspekten der Politik Washingtons, dokumentiert in: *„Presse/Qualitätsmaßstab. Antiamerikanischer Zungenschlag?“*, Teile 1-2-3: <http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=49>, <http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=48>, <http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=47>